

Triumph der Menschlichkeit

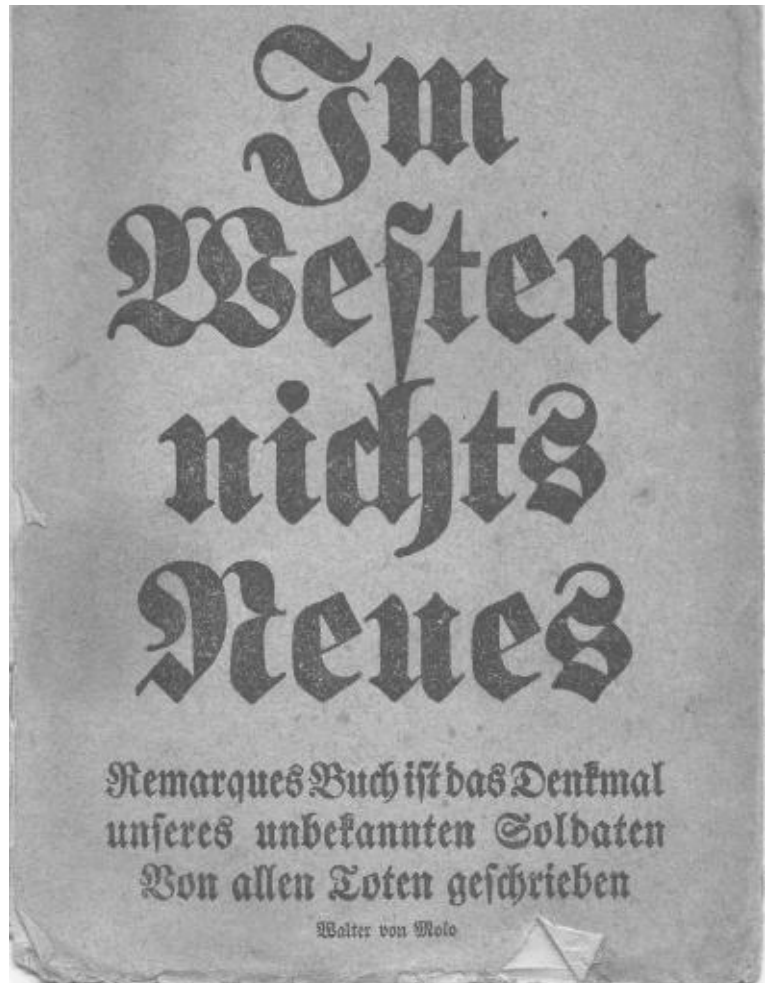
Der Weihnachtsfrieden von 1914

Er war brutaler als alle Kriege zuvor. Zu Beginn gaben sich die Menschen in Europa zwei Illusionen hin: Die erste: „Dieser Krieg wird ein Aufbruch in ein neues Zeitalter, er macht alle weiteren Kriege auf dem Kontinent überflüssig.“. Und: „Weihnachten ist der Krieg vorbei und wir sind wieder bei unseren Familien.“

Doch bereits nach wenigen Wochen waren diese Illusionen vorbei. Die Soldaten an der deutschen Westfront kämpften verbittert um jeden Meter. Jeder der gewonnen werden konnte, kostete mehrere hundert Tote. Bereits im November wurde den meisten Soldaten definitiv klar, dass sie Weihnachten nicht zu Hause verbringen würden. Depressionen stellten sich ein, die Moral in den Schützengräben sank.

Dann kam er, dieser für einen Krieg merkwürdige, oder besser denkwürdige Abend des 24. Dezember. Die britischen Truppen bei Ypern hörten, wie deutsche Soldaten „Stille Nacht“ sangen, sahen wie Lichter in den deutschen Schützengräben aufflackerten. Sie begannen mitzusingen. Auf einmal verband ein Lied die Menschen, die wenige Stunden zuvor noch aufeinander geschossen hatten. An diesem Abend fielen keine Schüsse mehr.

Dann kam der Morgen des 1. Weihnachtsfeiertages: Auf Befehl des vogtländischen Offiziers Kurt Zehmisch stieg ein deutscher Soldat vom sächsischen Infanterieregiment 134 über den Schützengräben. Unsicherheit bei den Briten, die Gewehre im Anschlag. Dann glaubten sie ihren Augen nicht. Anstatt einer Waffe hatte der Soldat einen Weihnachtsbaum in der Hand. Vorsichtig näherte man sich einander an. Nun wurde dieses Weihnachtsfest 1914 wirklich zu einem Fest des Friedens. Am nächsten Tag tauchte sogar ein Fußball auf, und es entwickelte sich ein kleines munteres Freundschaftsspiel zwischen dem sächsischen und dem schottischen Regiment.



Doch der Weihnachtsfrieden wurde kein dauerhafter. Von den Heeresleitungen und einigen Offizieren wurde ein solch hoher Druck aufgebaut, dass die Soldaten wenige Tage nach Weihnachten wieder anfangen, sich gegenseitig zu bekämpfen. Es hatte sich gezeigt, dass die Mechanik des Krieges durch die einzelnen Verbände, die den Weihnachtsfrieden begangen hatten, nicht durchbrochen werden konnte.

In den darauf folgenden Jahren sehnten sich die Soldaten nach einer Feuerpause, gerade über die Weihnachtsfeiertage. Dieser Wunsch sollte sich nicht erfüllen. Der Weihnachtsfriede von Flandern blieb ein einzigartiger Moment in der Geschichte - bis heute.

Lars Legath - Plauen

aus dem	Für eine neue Erinnerungspolitik.....	S. 2
Inhalt:	Danke für die Wahlhelfer.....	S. 3
	Gedenken an Pogromopfer.....	S. 4
	... und der Landrat schaut weg.....	S. 6

DIE LINKE.

BRÜCKEN BAUEN

Zeit für eine neue Erinnerungspolitik

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, erklären anlässlich des 25. Jahrestags des Falls der Berliner Mauer und der Öffnung der innerdeutschen Grenze:

Vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. Die innerdeutsche Grenze wurde gewaltfrei geöffnet. Die Gewaltlosigkeit des Mauerfalls wie der friedlichen Revolution in der DDR ist ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger der DDR. Weniger als ein Jahr später war die DDR Geschichte. Ein Staat ging unter, der seine Legitimität aus den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zog, und der für sich in Anspruch nahm, das „bessere Deutschland“ zu sein. Die DDR ging 1990 nicht zuletzt deshalb unter, weil sie diesen Anspruch nicht einlöste. Der real existierende Sozialismus scheiterte nicht zuerst an äußeren Umständen, sondern an seinen eigenen inneren Widersprüchen, an seinen Fehlern und Verbrechen, an Unfreiheit und ideologischem Dogmatismus, an seiner wirtschaftlichen Ineffizienz.

Ein Vierteljahrhundert nach diesen Ereignissen ist es Zeit, vor allem jenen zu danken, die damals die Mauer von Ost nach West zum Einsturz brachten. Hunderttausende gingen auf die Straße und läuteten einen historischen Wandel ein, der für viele von ihnen in dramatische biografische Brüche mündete. Wir würdigen diese Menschen, die sich in stürmischen Zeiten behaupten mussten und den politischen, ökonomischen und sozialen Wandel gestaltet haben.

Bis heute ist die Erinnerung an die DDR eine umkämpfte Geschichte. Bis heute dominiert in der offiziellen Erinnerungskultur eine Schwarz-Weiß-Malerei,

die weder dem Land noch den Menschen gerecht wird. Die DDR war beides. Für viele Menschen war sie das Land, in dem sie geboren wurden, in dem sie einen Teil ihres Lebens lebten, und in dem sie eine Lebensleistung erbrachten, für die sie zu Recht jene Anerkennung erwarten, die ihnen zum Teil auf dem Lohnzettel und Rentenbescheid bis heute vorenthalten wird. Aber die DDR war eben auch ein Staat, dessen Handeln durch die Abwesenheit freier Wahlen die grundlegende demokratische Legitimation fehlte, und in dem die politische Willkür jederzeit Recht und Gerechtigkeit ersetzen konnte, in dem zehntausende Biografien durch staatliches Unrecht gebrochen und zerstört wurden. Dafür trug eine Partei die Hauptverantwortung, die SED. Die PDS hat im Frühjahr 1990 die Abkehr vom Stalinismus als System zu ihrem Gründungskonsens gemacht, die Verantwortung für begangenes Unrecht übernommen und sich bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR entschuldigt.

Heute gehört die Erkenntnis, dass Grund- und Freiheitsrechte niemals auf dem Altar vermeintlich höherer Ziele geopfert werden dürfen, zu den programmatischen Kernsätzen der LINKEN. Heute erneuern wir die Entschuldigung für begangenes Unrecht und das Bekenntnis, dass wir Demokratie und Rechtsstaat wie zwei Augäpfel zu hüten haben.

Das zentrale Motiv einer neuen Erinnerungspolitik muss es sein, Brücken zu bauen und eine neue Kultur des Zuhörens zu etablieren. Wo die Erinnerung vordergründig im Parteienstreit instrumentalisiert wird, steht die Aufarbeitung und Versöhnung hintenan. Geschichtspolitische Rosinenpickerei mag der politischen Landnahme dienen, dem Lernen aus der Geschichte

im Interesse von Demokratie und Rechtsstaat dient sie nicht.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall ist es Zeit für eine neue Erinnerungspolitik, eine Erinnerungspolitik, die kein Unrecht verschweigt, die die vielen Spuren, welche die Geschichte seit dem letzten Jahrhundert hinterlassen hat, über die Epochengrenzen hinweg in einen gemeinsamen Aufarbeitungszusammenhang stellt, die allen Opfern den gleichen Respekt erweist, die den großen und kleinen Tätern auf der Spur bleibt, und die auch nicht vergisst, die Frauen und Männer der Dissidenz, des Widerstands und der demokratischen Selbstbehauptung zu ehren. Für diesen Neuanfang in der Erinnerungspolitik wird sich DIE LINKE einsetzen.

Am 9. November erinnern wir uns nicht nur an den Fall der Mauer. Wir erinnern uns ebenso an einen der dunkelsten Momente der deutschen Geschichte, den reichsweiten Pogrom gegen Jüdinnen und Juden, den das „Dritte Reich“ am 8. und 9. November 1938 unter dem Namen „Reichskristallnacht“ anzettelte. Wie kein zweiter Tag erinnert uns der 9. November daran, welche Spuren die Geschichte der vergangenen 100 Jahre in Deutschland hinterlassen hat. Spuren des Unrechts und der Gewalt, Spuren der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, Spuren der Dissidenz und des Widerstands, Spuren bürgerschaftlicher Selbstbehauptung, aber auch Spuren des braunen Terrors, die bis an die Gegenwart heran reichen. Für DIE LINKE ist der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte. Wir werden uns an dem Suchprozess für eine sozialere, gerechtere und demokratischere Gesellschaft weiterhin aktiv beteiligen.

8. November 2014,

Katja Kipping, Bernd Riexinger und
Gregor Gysi



KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Wir müssen unseigentlich immer gegenseitig Danken

Am 25. Oktober fand in Falkenstein die erste Kreismitgliederversammlung nach den Wahlen im Superwahljahr 2014 statt. Zielstellung für die Versammlung war es, eine Auswertung zu den Wahlkämpfen zu beschließen, sowie die Delegierten für Landesrat und Landesparteitag zu wählen.

In Ihrem Referat dankte die Kreisvorsitzende Janina Pfau noch einmal allen Genossinnen und Genossen für ihren Einsatz während der Wahlkämpfe, ob als Kandidat oder als Wahlkämpfer. Sie zeigte aber auch auf, dass mit der bevorstehenden Landratswahl im Vogtland die bevorstehende Arbeit in den Kommunalparlamenten besonders wichtig ist.

Auch andere merkten in der folgenden Diskussion an, dass die Jahre vor der Wahl wichtiger sind als „die paar Wochen Wahlkampf“. Gute und aktive Politik zahlt sich auch im Wahlergebnis aus.

Eines war aber allen Rednerinnen und Rednern wichtig: Danke zu sagen! Danke für die vielfachen Einsätze vor, während und nach der Wahl. Es wurde aber auch festgestellt, dass der „aktive Kern“ kleiner wird und wir uns eigentlich immer wieder gegenseitig danken müssen, aber auch aktiver um neue Mitglieder werben müssen.

Während der Kreismitgliederversammlung wurde Geld für die Gruppe „Refuges Welcome“ aus Plauen gesammelt, welche Flüchtlingen bei Alltagssituationen helfen und rassistische Übergriffe dokumentieren. Es kam ein Spendenbetrag von 200€ zusammen, wofür wir im Namen der Gruppe Danke sagen wollen.

Zum Landesparteitag fahren 2015/2016

Gewählt weibliche Liste

- Lippold, Anke
- Rank, Petra
- Bauch, Monika

Nachrücker weibliche Liste

- Handler, Christel
- Reißner, Ilka
- Mann, Sigrid

Gewählt gemischte Liste

- Windisch, Jan
- Strjukov, Waldemar
- Legath, Lars
- Wenzel, Ulrich

Nachrücker gemischte Liste

- Penkert, Andreas
- Hegel, André

Die LINKE Vogtland vertritt beim Landesrat Michaela Wohlrab und Jan Windisch.



IN EIGENER SACHE

Mit dieser Ausgabe des Vogtlandboten scheidet unser langjähriger Mitarbeiter Peter Giersich endgültig aus der Redaktion des Vogtlandboten aus. Gesundheitliche wie familiäre Probleme haben ihn zu diesem Entschluss geführt.

Für die weitere Herausgabe unserer Zeitung suchen wir neue, engagierte Mitarbeiter. Die Landesarbeitsgemeinschaft „Rote Reporter“ steht bereit, Anfänger wie Fortgeschrittene in Sachen Journalistik zu qualifizieren. Für Informationen, Anmeldungen und Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

*Das Redaktionskollektiv
des Vogtlandboten*

GEDENKEN

an die Opfer der Pogromnacht

Vor dem Standort der ehemaligen Synagoge an der Engelstraße kamen am 12. November um 11 Uhr viele Vogtländer zusammen, um der Opfer der Pogromnacht am 9. November 1938 zu gedenken.

Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer bezeichnete dieses Datum als einen „grausigen Tag“, als in Deutschland 1938 1600 Synagogen und Gebetsstätten geschändet, geplündert und angezündet wurden. Er stellte die provozierende Frage, ob wir das nicht einfach vergessen dürfen, und meinte: „Wer der Pflicht der Erinnerung nicht nachkommt, macht sich schuldig“. Oberdorfer zitierte die warnenden Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker: „Wer die Augen verschließt vor der Vergangenheit, wird blind für die Gegenwart“ und wies auf die zehn „Stolpersteine“ in Plauen zum Innehalten und Nachdenken hin.

Aus Chemnitz kam wieder die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Dr. Ruth Röcher. Sie zitierte Heinz Galinsky, den früheren Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, der auf die Parallele zwischen dem 9. November 1938 und dem 9. November 1989 hinwies und meinte, diesem Land und diesem Kontinent hätte viel Leiden erspart werden können, wenn die Bevölkerung, wie damals in der DDR, mit Zivilcourage und politischer Reife auf die brennenden Synagogen reagiert hätte.

Röcher blickte zurück, dass zur Zeit des Falls der Mauer in der Bundesrepublik 30.000 Juden lebten, in der DDR 500 und in Chemnitz 13 Juden. Durch den Zerfall der Sowjetunion wurden

die jüdischen Gemeinden in Deutschland gerettet. Nach der Öffnung der Tore für jüdische Flüchtlinge leben heute wieder 100.000 Juden in der Bundesrepublik, davon 3000 in Sachsen und 600 in Chemnitz. Nach dem Kriegsende kehrten nur neun Juden nach Plauen zurück. Heute gibt es hier keine jüdische Gemeinde mehr. Aus eigener Erfahrung rief die Vorsitzende der Chemnitzer jüdischen Gemeinde die Vogtländer auf, den Emigranten zu helfen. In der zweiten Generation sind sie bereits „Träger der Gesellschaft“.

Zur Gedenkstunde kamen auch Schüler und Schülerinnen der Dittesschule sowie der Friedensschule. Vivien Wirker, Liz Wappler und Leonie Richter aus der Klasse 7c der Friedensschule erinnerten an das Schicksal von jüdischen Kindern.

Der neue Rabbiner Jakov Pertsovsky aus Chemnitz sang zum Abschluss ein Gebet in Hebräisch, dass die Verstorbenen im Reiche Gottes Ruhe finden mögen.

Jens Bühring umrahmte die Gedenkstunde musikalisch mit Liedern und wurde von Marius Leicht am Keyboard begleitet.

Zum Abschluss wurden Kränze niedergelegt von der Stadt Plauen, vom Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden, vom Landrat Vogtland, vom Verband VVN-BDA Vogtland und vom Jugendparlament der Stadt Plauen sowie weiße Rosen von Schülern und Schülerinnen.

Gerd Stoppa - Plauen



Vor dem Standort der ehemaligen Synagoge sang der neue Chemnitzer Rabbiner Jakov Pertsovsky ein Gebet für die Verstorbenen.

WIE DE PLAUNER LAND VERKAAFE WULLN

Ne Freitooch noochmittooch um Dreiehamm siech de Neideiteln un de Meta widder in iehrn Stammwertshaus, denn scheenen Café „Traube“ in Plau getroffen. Dorten gabs frisch gebackenen Erdäpfelkuuch, der denn zwee altn Weiblen geschmeckt hott. Kaum dess se ne letztn Bissn noo geschluckt hott, fängt de Neideiteln aa ze schlamastern:

„Denk dar ner Meta, de plauischen Großkopferten in dar Stadtverwaltung hamm siech bis auf de Knochn blauiert. Jeder klaane Dorfberschermaaster woass, wenn nar aufn nar Gemeindewies e Imbissbud oder e transportabels Wanderscheißhaus bae will, dessar von jedn Anliescher e schriftliches Einverständnis braucht. Aber dar Plauische Wertschaftsförderer, der, wie solls aa annersch sei, aus Westn kimmt, hoot des varsaaut un e Nachbar, denn sei Firma glei neem denn Grundstick stett, hott berechtigter Weise net untarschriem. Mit solchn halbfertischen Akt n sei se zenn Notar gerammelt un wollt des Grundstick an nen Autozulieferer varkaafn. Do hott dar Anwalt ner miet nen Kopf geschittelt un se glei widder hamm geschickt.“

Un miet de 200 Arbeitsplätz, die entstehe solltn, werd aa nix auf Plauer Grund. Itze werd auf nar Landkreiswies gebaut un dar Vuuchtlandferscht, dr Lenk, koas Lachn net haltn. Iech will net wissen woas die Schlamperei widder gekost hott! Ze allen leberfluss hott der unfähische Lumisch aa noch en außer-tarieflichn Arbeitsvertrooch, weil der Tarif sei angeblich „hochwertisches“ Gammel net erfasst.“

Do soocht de Meta: „Noochdem itze schaa seit acht Goahrnen, seit de Plauische Stadt nimmer kreisfrei is, un de ganze Arbeit dar Wertschaftsförderung beim Vuuchtlandkreis im Landratsamt erledischt wird, fier woas Plau den teiren Posten immer noch net abgeschafft hott. Viel mehr als in dar Noos bohrn, stinkische Ferz lasse un Kaffee schlurpfn werd der Maa im Rathaus net zetaa hamm. Iech kaa mar aa kaa Kuh haltn, bloß weil iech jedn Tooch e Tipfl frische Millich trinkn will“.

Dieter Riedler - Leubnitz

EINE VOGTLÄNDISCHE HEIMATGESCHICHTE.

Drei ältere Damen treffen sich seit Jahren immer Mittwochnachmittags im Café „Traube“ in Plauen. Doch diesmal will keine gute Unterhaltung aufkommen, denn sie sorgen sich sehr um die Zukunft ihrer Enkel „in diesem unserem Lande“

Die erste, Müller's Paula, sagt zu ihren Freundinnen: „Wenn man die Zeitung liest, schmeckt einem kein Kaffee mehr, was hier im Vogtland los ist. Da hat doch der Kreisjugendring gegen die geplanten Kürzungen schon am zweiten September an den Kreistag eine Petition übergeben, und bis jetzt hat sich noch nichts getan. Nicht einmal einen Zwischenbescheid seitens der Verwaltung hat es bis jetzt gegeben.“

Drauf die Zweite, Schmidt's Liesl: „Das ist eine grobe Ungehörigkeit und zeigt, welche Bedeutung dem Wohl unserer Kinder und Jugendlichen beigemessen wird. Stellt euch nur mal vor, den Verantwortlichen, die sich wirklich um unsere Enkelkinder kümmern, soll der Zuschuss bis zu 50 Prozent gekürzt werden. Unser Enkel, der Paul, geht gern in solche Einrichtungen und ist dort gut aufgehoben. Und die Eltern wissen, dass er keinen Blödsinn macht.“

Wenn solche Kinder- und Jugendtreffs zumachen müssen, treiben sich die jungen Leute nur noch auf den Straßen und Plätzen herum, und es dauert gar nicht lange, und sie kommen auf die schiefe Bahn. Sind nicht die jetzt schon über zehn Prozent Schulabbrecher, die wir im Freistaat Sachsen haben, alarmierend genug? Wissen sie denn

nicht, dass die Resozialisierung auf Abwege geratener Jugendlichen zig mal teurer wird, als der Betrieb einer sinnvollen Jugendeinrichtung?“

Nun ergreift noch die Meier's Annegret, die aus dem vogtländischen Oberland stammt, entrüstet das Wort: „Für unsere Kinder haben sie kein Geld, aber in Heinersgrün wollen unsere Großkopferten einen halb eingefallenen Grenzturm für teures Geld als Museum herrichten. Wie wenn wir nicht schon genug solchen Mist in unserem Vogtland hätten.“

Kopfschüttelnd verlassen die drei das gastliche Haus und hoffen auf bessere Zeiten!

Dieter Riedler - Leubnitz

BERATUNG DER REDAKTIONSGRUPPEN

von „Vogtlandbote“ und „Linker Blick“

Am 21. November 2014 trafen sich in Reichenbach die Redakteure der Zeitungen der LINKEN Vogtland und Zwickau. Thema war die Zusammenführung des „Linken Blick“ und des „Vogtlandboten“ zu einer gemeinsamen Zeitung.

Die Publikation soll eine sozialistische Zeitschrift für die Region Südwestsachsen werden. Als Namen wird „Linker Bote“ vorgeschlagen. Der Linke Bote soll vorrangig über linke Oppositionspolitik von der Bundes- über die Landesebene bis hin zu den Kreistagen und Kommunen berichten. Dabei ist stets auf einen regionalen Bezug zu achten. Es wird seine Aufgabe sein, Argumente zu linker, sozialistischer Politik zu verbreiten und die Diskussion darüber zu befördern. Desgleichen sind Informationen und Wissensvermittlung zu Geschichte und Gegenwart in der Region Südwestsachsen zu vermitteln. Eine Rubrik wird sich der Würdigung von Persönlichkeiten des linken Spektrums vorwiegend aus der Region widmen.

Der Linke Bote wird über für Linke relevante Veranstaltungen in Kultur und Politik informieren, Termine, Einladungen enthalten und seinen Lesern zu

runden Geburtstagen gratulieren. Der Linke Bote wird monatlich erscheinen. Grundprinzip des Blattes ist sein regionaler Charakter.

Das Blatt wird im Umfang von 12 oder 16 Seiten im Format A 4 vierfarbig gedruckt. Die Seiten werden rubriziert. Auf je eine Seite sollen mindestens zwei Beiträge Platz finden und mindestens eine Grafik. Möglich sind auch regional bezogene Beiträge mit politischem Unterhaltungswert.

In Anlehnung an eine frühere Arbeitsweise des Vogtlandboten wird vorgeschlagen, einen Arbeitsplan aufzustellen, in welchem Ortsverbände und Fraktionen der LINKEN festgelegt werden, die in bestimmten Monaten über ihre Arbeit, ihre Probleme und Erfolge berichten sollen. Des Weiteren sind Beiträge über voraussehbare Ereignisse (Jahres- und Gedenktage, Konferenzen) und thematische Schwerpunkte linker Politik an Autoren zu vergeben.

Die derzeitigen Mitglieder der beiden Redaktionsgruppen erklären sich bereit, künftig die neue Zeitung zu gestalten. Es ist aber dringend notwendig, neue Mitstreiter sowohl für die Redak-

tion sowie auch als Autoren zu gewinnen. Die Finanzierung des Blattes erfolgt über Spenden der Leser, wobei zu erwägen ist, darum zu bitten, den Spendenbetrag pro Zeitschrift auf etwa 1,50 EURO zu erhöhen.

Es wird vorgeschlagen, für jeden Kreisverband einen Obmann zu benennen. Die beiden Obleute koordinieren dann die Arbeit der Redaktion. Die Redaktion greift öffentlich zugängliche Informationen - Zeitungen, regionale Funk- und Fernsehsendungen, Pressemitteilungen - auf und nutzt sie für Information und Polemik.

Für die Gestaltung der Zeitschrift (Layout) sind befähigte Genossen oder Sympathisanten zu gewinnen, die auch Bildungsangebote der „Roten Reporter“ nutzen können. Technisch ist ein PC-Programm auszuwählen, das von mehreren Personen beherrscht wird, um gegenseitige Ersetzbarkeit bei Ausfall eines Layouters zu gewährleisten. Jährlich erfolgt eine Beratung der Redaktionsgruppe mit ausgewählten Autoren.

Peter Giersich - Auerbach/V.



NAZIS FINDEN IM VOGTLAND KAUM GEGENWEHR

Es ist schon verwunderlich bis empörend, wie sich das Landratsamt mit Dr. Lenk an der Spitze zu einer Massenansammlung von rechtsextremistischen, sicherlich auch gewaltbereiten Parteigängern der Partei „Die Rechte“ verhält. Die Ereignisse in Köln vom 26. Oktober scheint er nicht wahrgenommen zu haben.

Für den 8. November hatten Mitglieder der rechtsextremistischen Partei „Die Rechte“ aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ein Konzert mit Redebeiträgen angemeldet. Erwartet wurden bis zu 1.000 Teilnehmer. Als Redner wurden Nils Larisch (NPD Kreisverband Kyffhäuserkreis), Michael Brück (Die Rechte Dortmund), Dietrich Surmann (Nationaler Widerstand Dortmund, NPD) und Alexander Deptolla (Nationaler Widerstand Dortmund) angekündigt. Mit „Die Lunikoff Verschwörung“, „Skrew You“, „Nahkampf“ und „Words of Anger“ sollten zudem vier Bands aus dem rechten Kameradschaftsspektrum auftreten. Am selben Ort fand bereits im Juni 2013 der „Sachsentag“ der Jungen Nationaldemokraten, der Jugendorganisation der NPD, statt. Mit über 700 Neonazis war damals der „JN-Sachsentag“ das größte rechte Open Air des Jahres 2013 im Land Sachsen.

Während der „Runde Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ in Plauen eine Sondersitzung einberief, das Aktionsbündnis „Vogtland Nazifrei“ ebenfalls Gegenmaßnahmen diskutierte, hörte man aus dem

Landratsamt lediglich, ein Verbot sei rechtlich unmöglich. „Grund ist ein besonders hoher verfassungsrechtlicher Schutz der Versammlungsfreiheit.“, tönte die Pressesprecherin.

Der Runde Tisch rief den Gemeinderat Neuensalz sowie Kreistag und Landrat des Vogtlandkreises auf, sich in aller Deutlichkeit gegen die Feinde der demokratischen Gesellschaft zu positionieren. Er lud zu einem Friedensgebet der Kirchgemeinde Altensalz unter dem Motto „Für Nächstenliebe und Frieden in unseren Städten und Dörfern“ ein. Das Aktionsbündnis vereinbarte, sich den Positionen des Runden Tisches anzuschließen.

Am frühen Abend des 8. November war die Kirche in Altensalz sehr gut besucht. Landtagsabgeordnete, Kommunalpolitiker, Menschen aus dem gesamten Vogtland waren angereist, um mit dem Friedensgebet ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Neben Gesängen und Gebeten traten auch Bürger verschiedener Herkunft und öffentlicher Positionen auf und erklärten, warum sie sich an dieser kirchlichen Veranstaltung beteiligten. Besonders emotional waren die Worte eines Einwohners von Altensalz, dessen Vorfahren aus Indien stammen. Die Bürgermeisterin von Zobes sprach. Sie bedauerte, dass bisher kein Verbot für rechtsextremistische Parteien erlassen wurde und befürchtete, dass ihr kleiner Ort nun zu einer Bleibe für die Neonazis wird. Nicht unbegründet, denn vor einem knappen halben Jahr wurde ein

Nazitreff im benachbarten Oberfranken, in Oberprex, geschlossen.

Den Landrat oder einen seiner Stellvertreter hat man übrigens in der Kirche zu Altensalz nicht gesehen. „Keine Entschuldigung, geschweige denn ein paar lauwarmer Grußworte: Für Tassilo Lenk (CDU) wäre das Friedensgebet ein Pflichttermin gewesen. Aber der Landrat war nicht anwesend. Er hat sein Ding durchgezogen und die leidige Nazi-Party ausgesessen.“, schrieb die Freie Presse.

Das nächste Nazi-Ereignis wirft bereits seine Schatten voraus. Am 13. Dezember soll in Theuma ein „Kameradschaftsabend“ mit dem ehemaligen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt stattfinden. Auch dagegen werden sich Runder Tisch und Aktionsbündnis „Vogtland Nazifrei“ engagieren. Und was tut der Landrat? Was wird zu erwarten sein? Er tut nichts, lässt prüfen.

Trauriges Vogtland. Zum Glück gibt es auch hier Menschen, wie die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Vogtland Nazifrei“ oder des Runden Tisches, die mit Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein sich für den Schutz von Demokratie und Menschenwürde engagieren. Es ist zu hoffen, dass ihr Engagement öffentliche Anerkennung und Würdigung erfährt und breite Unterstützung findet.

Peter Giersich - VVN-BdA Vogtland

STANISLAW TILLICH: ZUM DRITTEN, ZUM VIERTEN: SO WAHR MIR GOTT HELFE!

Beim Amtseid ausgerechnet wurde ihm solcherart himmlische Hilfe nicht zuteil. Genauer: sein „Souffleur“ Matthias Röbler hatte ihm falsch vorgesagt und einen entscheidenden Satz unterschlagen: „Schaden von ihm (dem Volk) wenden“! Und so musste der Eid wiederholt werden.

Dies allerdings hatte das Volk - der bescheidene Teil, der sein Wahlrecht wahrnahm - selbst in der Hand. Oder „gewählt ist gewählt“, wie der alte wie neue Ministerpräsident klarstellte. Komme ich doch ins Grübeln: Musste er damals eigentlich auch einen Eid ablegen als CDU-Ratsmitglied eines Kreises da in der DDR - Sorbischen? Weiß nicht mehr.

An eines aber kann ich mich gut erinnern: Waren die Blockfreunde da irgendwie doch fast schon unsere „Vorzeige-Genossen“. Da ging die Hand doch schon zustimmend nach oben, als wir noch zum Thema kontrovers oft diskutierten. Hatten uns quasi bereits links überholt. Was auch die Blockflöten der anderen Parteien betrifft, die samt Parteivermögen mit fliegenden Fahnen karrieregeil und postenhaschend die Seiten wechselten.

Nun aber werden sie von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt: Mehren sich doch die Stimmen, die eine kritische Aufarbeitung eben dieser verlangen - auch von ihnen endlich. Eben jenes, was - wenn auch schmerzlich - bei den Linken längst und ehrlich geschieht. Wer unter euch ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein, so etwa heißt es doch wohl in Eurem „übergeordneten Parteiprogramm“, der Heiligen Schrift. Gilt doch aber ebenso die weltlich sprichwörtliche Erkenntnis: „Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.“ Oder?

Jürgen Böhm - Schöneck

TTIP GEFÄHRDET RECHTE DER KOM- MUNEN

Bundesweit protestieren Kommunalparlamente und Verwaltungschefs gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA und verweisen auf zu erwartende negative Folgen für ihre Verantwortungsgebiete. „Kommunale Organisationsfreiheit bei der Daseinsvorsorge - Ausnahme von Marktzugangspflichten gewährleisten!“ lautet die zentrale Forderung der kommunalen Spitzenverbände Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindetag und anderer.

Dahinter steckt die Befürchtung, dass im Gefolge von TTIP, CETA und TISA typische kommunale Dienstleistungen - es geht um Trinkwasser, Abwasserentsorgung, Verkehr, Sozialdienste, Krankenhäuser oder Kultur - den Regeln zur Liberalisierung unterworfen werden und somit die bisher politisch bewusst nicht liberalisierten Bereiche der Daseinsvorsorge und letztlich die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werden könnten.

Die Verbände fordern, „dass die kommunale Daseinsvorsorge von den Marktzugangspflichten im TTIP und allen weiteren Freihandelsabkommen ausgenommen wird“, so ein Kernsatz des dreiseitigen Papiers. Seit Jahresbeginn hatten sich die Spitzenetlicher Kommunen bereits in diesem Sinne positioniert. Erfurts Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) etwa hatte sich nach einem entsprechenden Stadtratsbeschluss im Mai verpflichtet, bei Bundestag und Städtetag darauf hinzuwirken, dass durch TTIP die kommunale Organisationsfreiheit nicht beeinträchtigt wird. Es wäre wünschenswert, wenn unsere LINKEN-Fraktionen diesbezügliche Anträge einbringen würden, um solche Beschlüsse auch im Kreistag und in den Stadtparlamenten des Vogtlandkreises zu fassen.

Dieter Riedler - Leubnitz

GAUCK WIRD DEM VERANTWOR- TUNGSVOLLEN AMT NICHT GERECHT

Bundespräsident Gauck sollte endlich kapieren, dass das Wahlergebnis der LINKEN in Thüringen Ausdruck des Volkswillens ist und damit auch Kritik an der radikalen neoliberalen Politik der bisher regierenden Parteien und Politiker. Im Gegensatz dazu ist er nicht durch eine freie Wahl der Bürger in sein Amt gekommen. Eine Politiker-kaste hat ihn eingesetzt. Ihm steht nicht das Recht zu, Ergebnisse von freien Wahlen in die eine oder andere Richtung zu kommentieren.

In seinen salbungsvollen Reden spricht Gauck immer von Freiheit, Chancengleichheit und Rechtsstaatlichkeit als Merkmale einer Demokratie! Würde er seine politischen Scheuklappen mal absetzen, müsste ihm schnell auffallen, dass Überwachung, Bevormundung, eine zunehmende Beschneidung der Meinungsfreiheit und rücksichtsloser Raubbau an der Natur in diesem reichen Land an der Tagesordnung sind!

Als Geistlichen stünde ihm zu, die militärische Expansionspolitik der USA und das Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft, in der die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, zu verurteilen. Als Mann der Kanzel sollte er sich das Gebet von Kardinal Franz Hengsbach „Lieber Gott hilf mir, mein großes Maul zu halten bis ich weiß, worüber ich rede“ zu Herzen nehmen! Er ist und bleibt der falsche Mann zur falschen Zeit am falschen Platz!

Lutz Dietrich - Rosenbach

TAUSENDE AUSTRITTE AUS KIRCHEN IN SACHSEN

Die Antworten der Sächsischen Staatsregierung auf zwei Kleine Anfragen des Abgeordneten André Schollbach (DIE LINKE) haben ergeben, dass Evangelische und Katholische Kirche in Sachsen in den vergangenen Jahren Tausende Mitglieder durch Austritt verloren haben. Seit 1994 sind in Sachsen insgesamt 128.347 Menschen aus der Evangelischen Kirche ausgetreten, 17.461 Mitglieder verließen die Katholische Kirche. Damit haben von 1994 bis 2013 insgesamt 146.808 Menschen den beiden großen Kirchen in Sachsen aktiv den Rücken gekehrt.

Allein im vergangenen Jahr 2013 traten 5.122 Mitglieder aus der Evangelischen Kirche in Sachsen aus, 1189 verließen die Katholische Kirche. Die Evangelische Kirche hatte in Sachsen im Jahr 1995 noch 1.168.392 Mitglieder, bis zum 31.12.2013 sank die Zahl um 363.590 (31,1 Prozent) auf 804.802. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Mitglieder der Katholischen Kirche in Sachsen von 189.449 um 39.319 (20,7 Prozent) auf nunmehr 150.139.

Der Dresdner Landtagsabgeordnete André Schollbach (Fraktion DIE LINKE) erklärt dazu: „Die Kirchen geben aus Sicht vieler Menschen lediglich Antworten von gestern auf die Fragen von morgen. Hinzu kommt der Umstand, dass die Kirchen in der heutigen Zeit nicht mehr über ein Moral-Monopol verfügen. Der Glaube an Gott ist in der aufgeklärten Welt eine Frage der persönlichen Freiheit und individuellen Entscheidung.“



NEUER VORSTAND BEIM VFC

Wenn dir das Wasser bis zum Hals steht - lass den Kopf nicht hängen. Die finanzielle Situation bei vogtländischen Fussballclub VFC ist mehr als kritisch. In den letzten Monaten konnten Spieler nicht bezahlt werden, der Trikotsponsor zog sich zurück und der Vorstandsvorsitzende Winfried Hub musste aus gesundheitlichen Gründen sein Amt niederlegen.

Kommissarischer Vertreter wurde der in der Fanszene umstrittene Bernd Stubenrauch. Am 12.11. 2014 kam es dann in einer Mitgliederversammlung im Verein zu einer Neuwahl. Auf der Kandidatenliste stand unsere Kreistagsbewerberin Dagmar Baumgärtel aus Plauen. Die DGB Regionalvorsitzende konnte eine große Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Sie ist die neue und bisher einzige weibliche Vorsitzende des VFC.

Die Redaktion des Vogtlandboten wünscht Dagmar viel Kraft und Erfolg für die bevorstehenden Aufgaben.

André Hegel - Plauen

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im Dezember ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene die über 80 Jahre jung werden:

Hildegard Golle	Reichenbach	03.
Ruth Hummel	Ellefeld	06.
Ilse Groll	Hartmannsgrün	09.
Heinz Rott	Rützengrün	17.
Ruth Enk	Plauen	18.
Heinz Luderer	Bergen	23.
Manfred Hoyer	Auerbach	26.
Johannes Keil	Oelsnitz/V.	27.
I. Schmalfuß	Reichenbach	27.
M. Damisch	Treuen	28.

Wir wünschen allen eine robuste Gesundheit, viel Freude am Leben und immer einen „Heckpfennig“ im Portemonnaie.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

„Italien gab für für seine Flüchtlingsrettungsaktion in einem Jahr 114.000.000 € aus. Damit rette Italien 150.000 Menschenleben.“

Das sind 760 € pro geretteten Leben.

Für die EU „unbezahlbar“.

Der Monatliche Umzug des EU-Parlamentes von Brüssel nach Strasbourg kostet jährlich: 114.000.000€.“

aus „DIE ANSTALT“ (ZDF) vom 18.11.2014

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei Die LINKE. erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei Die LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: Die LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote.

Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE, 08209 Auerbach/V., A.-Schweitzer-Str. 34; E-Mail: vogtlandbote@t-online.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.11.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 19.12.2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: P. Giersich - Auerbach/V.